

# ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

10/ 13 • 24. Jahrgang  
11/ 13

Hati-hati!.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Aufruf für eine zeitgemäße Grundsteuer.....	4
Braunkohlesubventionen.....	6
Interview mit Michael Kreuzberg.....	7
Hochwasserschutz in Sachsen.....	9
Internet und Demokratie.....	10
GL Intern: Stimmrechtsreform?.....	12
Vattenfall und der Eremitenkäfer.....	14
Unrealistische grüne Energieplanung?.....	15
Waldschloßchenbrücke rechtswidrig.....	17
Buch-Tipp.....	18
Dies & Das.....	19
Adressen.....	20

## Hati-hati!

Fortsetzung zum Erfahrungsbericht über  
vier Jahre als Entwicklungshelfer  
in Indonesien

Titelfoto aufgenommen von Michael Kreuzberg

Foto rechts: Abwasserkanal in Banda Aceh, aufgenommen von M. Kreuzberg (Abb.1)

Im Heft 02/03-2012 des Alligators hatte ich über meine Erfahrungen aus der Arbeit als DED-Entwicklungshelfer (Deutscher Entwicklungsdienst) in Indonesien 2006 bis 2010 berichtet. Es war eine kritische Analyse, die Mängel der staatlichen Entwicklungshilfe aufzeigte, wie sie nach meiner Erfahrung bestehen. Ein Defizit ist die viel zu selten erfolgende Nachkontrolle, also die Evaluierung von Entwicklungshilfeprojekten eine bestimmte Zeit nach Abschluss der Maßnahme und die Berücksichtigung der daraus zu ziehenden Schlüsse für ähnliche Folgeprojekte. Daher nutzte ich eine private Reise nach Indonesien im Oktober 2012, um zum einen alte Freunde wieder zu sehen, aber auch, um zu sehen, was aus zweien meiner damaligen Projekte geworden ist. Dabei ging es um Versuche, das Bewusstsein für das Abfallproblem in Aceh zu stärken und um ein Corporate-Social-Responsibility-Projekt (CSR) auf Tarakan, Provinz Ostkalimantan. Für mehr reichte die Zeit nicht. Zusätzlich werde ich zu einem anderen Projekt der internationalen Aufbauhilfe nach dem Tsunami Angaben machen, das in eindrucksvoller Weise die sinnlose Verschwendung von EZ-Geldern (Entwicklungszusammenarbeit) demonstriert. Dabei geht es um Küstenschutz.

### Müll überall

Ein Schwerpunkt der deutschen und internationalen Hilfe in der Provinz

Aceh nach dem Tsunami waren Bemühungen, das in Indonesien bei Behörden und bei der Bevölkerung kaum vorhandene Bewusstsein für die Abfallproblematik zu wecken und Teile der nötigen Infrastruktur zu schaffen. Wie dringend nötig das ist, zeigt unter anderem die Abbildung 1: Zu sehen ist ein vermüllter Regenwasserkanal in Banda Aceh. Um dieses Problem anzugehen, wurden zahllose capacity-building-workshops, wie es im EZ-Deutsch heißt, mit Behörden, Schulen und der Bevölkerung durchgeführt. Das Umweltprogramm der UN und die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) waren ebenfalls sehr aktiv zu diesem Thema und haben dafür sehr viel Geld ausgegeben. Ich selber habe am Weltumwelttag 2007 Schüler am Strand von Sigli Müll sammeln lassen, um zu demonstrieren, um welche großen Mengen es sich an diesem kleinen Abschnitt handelt, zu sehen auf Abb.2 (siehe Interview, Seite 7). Schockiert war ich auch von einem Bild, das ich in der Jakarta-Post sah: Zwei Kinder spielten nicht etwa an Land, sondern sitzen in einem kleinen Kahn, der auf einem mit Plastikmüll gefüllten Fluss in der Hauptstadt Jakarta schwimmt. Die Bildunterschrift lautete: „UNLIKELY PLAYGROUND: Children play in a river clogged with garbage in Angke, North Jakarta, in this July file photo. The children of poor squatters in the city are more prone to disease due to the conditions they are forced to live in“, zu Deutsch: „MERKWÜRDIGER



SPIELPLATZ: Auf dem diesmaligen Foto des Monats spielen Kinder in einem mit Müll verstopften Fluss in Angke, Nord-Jakarta. Die Kinder illegaler Hüttenbewohner der Städte sind aufgrund ihrer Lebensumstände mit denen sie gezwungen sind, zu leben, extrem anfällig für Krankheiten.“ Solche Plastikmüllberge sind mit ein Grund dafür, dass es in Jakarta zur Regenzeit regelmäßig zu großflächigen Überschwemmungen mit enormen Schäden und auch Toten kommt, da die für das Sammeln des Regenwassers vorgesehenen Kanäle mit besagtem Müll aus Abbildung 1 verstopft sind. Im ersten Artikel war ein Bild vom verschmutzten Strand in Sigli zu sehen. Als ich nun wieder dort war, hatte sich nichts geändert. All die von internationalen Spendern und den deutschen Steuerzahlern aufge-

## ALLIGATOR-Intro



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Fukushima dampft, leckt und strahlt vor sich hin. Immer noch ist die ganze „Baustelle“ aufgrund ihrer dilettantischen Konstruktion und mangelhaften Materialien ein großes Sicherheitsrisiko. Über 90 Prozent der hochradioaktiven Giftstoffe können austreten. Da Geld und die Angst vor Gesichtsverlust in Japan mehr zählen als Aufklärung und Gesundheit, versuchen die japanische Regierung und TEPCO die Havarie herunterzuspielen. Nach Hiroshima, Nagasaki und Fukushima hat man in Japan scheinbar nichts gelernt.

Umso mehr tut sich im Alligator. Ich begrüße als Verstärkung der Bundesgeschäftsstelle den FÖJler Roland Hauschul, der sich bereits schnell und zuverlässig in die Alligator-Redaktion eingearbeitet hat!

// Oliver C. Pfannenstiel, Red. Alligator

### Impressum

**Herausgeber**  
GRÜNE LIGA e.V.  
Netzwerk ökologischer Bewegungen  
**Anschrift**  
GRÜNE LIGA e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468  
alligator@grueneliga.de  
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke

#### Redaktion

Oliver C. Pfannenstiel

#### Layout

Roland Hauschul

#### Fotos

namentlich gekennzeichnet,  
sonst ALLIGATOR-Archiv

#### Jahresabo

18,- EUR, Förderabo 25,- EUR  
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im  
Mitgliedsbeitrag enthalten.

#### Auflage

1.100

#### Spendenkonto

80 25 67 69 00

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67  
(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben, Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

brachten Summen haben kaum etwas geändert. Müll liegt weiterhin überall in der Landschaft. Es ist eben sehr schwer, Verhaltensweisen zu ändern und ein Bewusstsein für bestimmte Probleme zu wecken, das bisher nicht vorhanden ist. Auch in Deutschland hat dies lange gedauert.

**Das Mangrovenprojekt in Tarakan**

Schwerpunkt meiner Arbeit in Tarakan waren Wald und Klimaschutz. Fisch- und Garnelenteiche, also Aquakultur, gehören auf Tarakan wie in vielen Staaten der Region zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Als sie vor Jahrzehnten noch weniger zahlreich waren, ließen die Teichbetreiber bewusst Mangroven im Teich stehen, weil sich dadurch die Wasserqualität verbesserte und die Erträge höher waren. Später wurden dann großflächig Mangrovenwälder abgeholzt, um riesige Teichanlagen für die Aquakultur zu schaffen. Da kommen Erinnerungen an die Meliorations- oder Flurbereinigungskampagnen in Deutschland mit all ihren negativen Umweltfolgen auf.

Wenn die Tsunamikatastrophe überhaupt ein gutes Ergebnis hatte, dann war es die Erkenntnis bei den betroffenen Küstenbewohnern, dass die Katastrophe weniger schlimme Folgen gehabt hätte, wären die Mangrovenwälder längs der Küsten noch vorhanden gewesen. Auch die in den Jahren nach der Mangrovenzerstörung zu beobachtende Küstenerosion hätte es nicht gegeben. Daher entstand der Wunsch, wieder Mangroven anzupflanzen



zen und dies auch in den Fisch- und Garnelenteichen zu tun. In Aceh haben auch der DED und andere Organisationen solche Projekte gefördert. Das Amt für Fischerei und Meeresangelegenheiten in Tarakan sprach mich schon früh an und bat um finanzielle Hilfe für die Anpflanzung von Mangroven in Aquakulturtischen. Dies war anfangs nicht möglich, da der offizielle Partner der EZ das Forstamt war. Ende 2009 konnte ich jedoch den staatlichen indonesischen Erdölkonzern Pertamina als Hauptsponsor im Rahmen eines CSR-Projektes gewinnen. Der DED übernahm die Finanzierung für das Training der Teichbetreiber. Solche Projekte sollen die soziale Verantwortung und die Bereitschaft von Konzernen zeigen, sich sozial und ökologisch zu engagieren. Pertamina war von der indonesischen Regierung angehalten, CSR-Projekte zu realisieren, und der DED war auch ganz scharf darauf. Das Projekt war eine gute Kombination aus Umweltschutz und Wirtschaftsförderung mit positiven sozialen Folgen, da durch die Mangrovenpflanzung eine Einkommenssteigerung für die Aquakulturbetreiber zu erwarten war. Es wurde dann schließlich Anfang Februar 2010 mit „Großem Bahnhof“ eingeweiht, auch das Forst- und das Umweltamt sowie die lokale Universität waren eingebunden.



Abb.3 zeigt mich beim Mangrovenpflanzen, Abb. 4 die Projekttafel. Im Oktober 2012 fand ich die Stelle kaum wieder: Die Tafel gab es nicht mehr, die Teiche waren trocken, von den Mangroven waren maximal zu einem Fünftel angewachsen (Abb.5). Daraufhin befragte ich die dort wohnenden Teichbetreiber. Sie bestätigten, dass das Pertamina-Projekt gescheitert sei. Als Grund wurde angegeben, es sei später kein Geld mehr von der lokalen Regierung oder meinem DED-Nachfolger gekommen. Da habe man sich entschlossen, die Teiche zu Bauland zu machen. Diese Haltung ist leider gelegentlich eine Folge von EZ. Man erweckt eine Erwartungshaltung und macht den Partnern zu Anfang nicht eindeutig und nachdrücklich klar, dass sie nach einer bestimmten Zeit die Eigenverantwortung haben und dass die Finanzierung ausläuft.

**Küstenschutz**

Effektiver Küstenschutz erfordert eine gründliche Vorbereitung, zu der jahr-

Foto oben rechts (Abb.5.): Das gescheiterte Pertamina-Projekt



Foto unten links (Abb.3): Mangrovenpflanzen (Fischereiamt Tarakan)

Foto unten rechts (Abb.4): Die Projekttafel (M. Kreuzberg)

## Hati-hati! - Teil 2

Fotos: Zerstörte „Schutzwälle“

Foto rechts: M. Kreuzberg

Foto unten: Serambi, 10.05.07

zehntelange Messreihen zur Küstendynamik und den Strömungsverhältnissen gehören. Die Realisierung eines solchen Systems ist dann sehr teuer. In Japan kann man am besten studieren, welcher Aufwand nötig ist, um Städte vor einem Tsunami zu schützen. Diese Erfahrung und die erforderlichen Grundlagenuntersuchungen hinsichtlich Küstendynamik lagen in Indonesien 2005 nicht vor. Dennoch planten einige Geberorganisationen, darunter auch die GTZ in Banda Aceh, Geld in Küstenschutzsysteme zu investieren, denn Geld gab es nach der Tsunamikatastrophe im sogenannten Multidonorfund mehr als genug, das hässliche Wort vom „Mittelabflusszwang“ machte die Runde. Um in Indonesien ein vergleichsweise ähnlich effektives Küstenschutzsystem wie in Japan zu realisieren, wäre ein eigenes, lang-

fristiges und sehr teures Programm erforderlich. Ich konnte die GTZ davon überzeugen, die Finger von so einem ehrgeizigen Projekt zu lassen. Aber andere Geber und die eigens für den Wiederaufbau nach dem Tsunami geschaffene Behörde BRR fingen an, einfach etwa mannshohe Steinwälle ohne jedes Fundament an den Küsten zu errichten. Dies wurde als Erfolg im Kampf gegen die Naturgewalten gefeiert, den armen Fischern und Bauern in ihren Küstendörfern, die meist keine oder nur eine geringe Bildung haben, wurde suggeriert, sie seien nun vor künftigen Tsunamis sicher. Und man konnte den Geldgebern melden, ihr Geld sei sinnvoll ausgegeben worden.

Wer aber schon mal am Meeresstrand in der Brandungszone



gestanden hat, wird gemerkt haben, wie seine Füße eingespült werden und wie er langsam einsinkt. Und genau das passierte und passiert nun mit den ohne Fundament und ohne vorherige Untersuchungen errichteten Wällen: Abb.6 zeigt Reste eines von der BRR nur wenige Monate vorher errichteten Steinwalls, der nach 2 „normalen“ Unwettertagen zerstört war. Einen Tsunami hätte der Wall nicht aufgehalten, ebenso wenig wie der von mir im Oktober 2012 am Strand von Sigli fotografierte (Abb.7). Nach meiner Auffassung ist es unverantwortlich, Gelder für solche sinnlosen Maßnahmen zu verschwenden und Menschen damit zu täuschen.



DIGERUS AIR LAUT

// Michael Kreuzberg

Dr. Ulrich Kriese

# Aufruf für eine zeitgemäße Reform der Grundsteuer

Ob sich der Bundesverband der GRÜNEN LIGA dem Aufruf anschließt, wird auf der nächsten Bundessprecheratssitzung erörtert.

Grund und Boden ist ein knappes, nicht vermehrbares Gut. Es ist ein Gebot der Stunde, dass wir damit sparsam und effizient umgehen. Naturgewachsene Böden benötigen unseren besonderen Schutz! Das schließt landwirtschaftlich genutzte Böden ein, denn in globaler Betrachtung sind auch diese knapp. Und doch wächst in Deutschland die Siedlungs- und Verkehrsfläche – ungeachtet stagnierender oder gar schrumpfender Bevölkerungszahlen und wachsender Gebäudeleerstände; ungeachtet steigender Infrastrukturkosten zu Lasten der kommunalen Haushalte;

ungeachtet globaler Klima- und Ernährungsprobleme; ungeachtet des mit nahezu jedem Neubaugebiet verbundenen Verlusts an Natur und Landschaft. Die knappen Ressourcen, Natur- und Klimaschutzziele, räumlich wie sozial auseinander driftende Stadtteile und Quartiere, die immense öffentliche Verschuldung und der demografische Wandel verlangen ein radikales Umdenken auch und gerade im Siedlungswesen.

Als Schlüsselprojekt hin zu einer sozial, ökonomisch und ökologisch zukunftsfähigen städtebaulichen Ent-

wicklung gilt die Reform der Grundsteuer B (der Grundsteuer auf die bebauten und bebaubaren Flächen). Gemeinsam mit mehreren Bürgermeistern und Prof. Dr. Dirk Löhr vom Zentrum für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik am Umwelt-Campus Birkenfeld, Fachhochschule Trier, hat der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) im Dezember 2012 den bundesweiten Aufruf „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ gestartet. Konkret appellieren die Aufruf-Erstunterzeichner und inzwischen viele hundert Unterstützer (Bürgermeister, Verbände, Privatpersonen und andere)

an die Finanzministerkonferenz der Länder, die derzeitige Untersuchung verschiedener Grundsteuer-Reformmodelle zu ergänzen um zwei Varianten, und zwar die „reine Bodenwertsteuer“ und die „kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer.“

Zwar hält das Baugesetzbuch mit der Bauleitplanung, dem Baulandkataster, den städtebaulichen Sanierungs-, Entwicklungs- und Stadtumbaumaßnahmen und anderen mehr grundsätzlich geeignete Instrumente für eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung bereit, doch aufgrund zahlreicher gegenläufiger fiskalischer Anreize und widersprechender gesetzlicher Vorgaben setzen viele Städte und Gemeinden weiter auf eine expansive, sozial, ökologisch und ökonomisch verantwortliche Siedlungsentwicklung. Eine zeitgemäß ausgestaltete Grundsteuer wäre für die Kommunen bundesweit, Ost und West, Süd wie Nord, eine große Hilfe.

Die Finanzministerien der Länder prüfen seit einiger Zeit drei unterschiedliche Modelle zur Reform der Grundsteuer. Alle drei Modelle sehen jedoch wie bisher die Besteuerung sowohl von Grund und Boden, als auch der aufstehenden Gebäude vor („verbundene Bemessungsgrundlage“). Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Die Besteuerung der Gebäude entmutigt Investitionen, befördert den Landschaftsverbrauch, gefährdet den sozialen Zusammenhalt, indem sie Mieter vergleichsweise stark belastet, und ist auch noch ausgesprochen verwaltungsaufwändig. Für sinnvoller und unbedingt näher prüfenswert erachten wir eine Grundsteuer mit unverbundener, nur an Grund und Boden anknüpfender Bemessungsgrundlage. Eine solche Grundsteuer besteuert die Bodenrente, das heißt jenen Teil des Grundstücksertrages, der beim Grundeigentümer verbleibt bzw. vom Pächter oder Mieter an diesen gezahlt wird; die Kopplung von Kosten (Steuerlast) und Leistung bzw. Nutzen (Ertrag), das so genannte Äquivalenzprinzip, ist ein wichtiger Steuerrechtferdigungsgrund. Außerdem berücksichtigt sie in idealer Weise das Leistungsfähigkeitsprinzip (Besteuerung des Einzelnen unter Berücksichtigung der individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit). Die kommunalen Kosten für die Bereitstellung von Siedlungsfläche und zugehöriger technischer und sozialer

Infrastruktur entstehen weitgehend unabhängig von der effektiven Grundstücksausnutzung. Die öffentlichen Güter werden schließlich jederzeit für alle vorgehalten. So kosten auch Baulücken und leer stehende Häuser oder untergenutzte Grundstücke die Städte und Gemeinden dauerhaft Geld, ohne dass deren Eigentümer regelmäßig Zahlungen in nennenswerter Höhe leisten. Zudem sind es regelmäßig die Investitionen der Kommune, nicht der einzelnen Eigentümer, die zu Bodenwertsteigerungen und damit zu höheren Bodenrenten führen. Die Gemeinschaft hat also allen Grund, das Grundstück zu besteuern, sei es bebaut oder unbebaut, und am Bodenwert und dessen Entwicklung angemessen beteiligt zu werden.

Eine rein bodenbasierte Grundsteuer B würde Investitionen in Grundstücke und Gebäude befördern, die Ortskerne stärken und Natur und Landschaft vor weiterer Zersiedlung bewahren helfen. Aus Spekulations- oder anderen Gründen nicht zum Verkauf stehende Grundstücke und leer stehende Gebäude, vor allem auch zentrennah gelegene, würden vermehrt auf den Markt kommen. Hat ein Eigentümer keine eigenen Nutzungs- oder Entwicklungsabsichten oder -möglichkeiten, würde er zur Weitergabe an einen Nutzungs- oder Bauwilligen animiert. Tendenziell würden Verkaufserlöserwartungen gedämpft, so dass breitere Bevölkerungsschichten zu Eigentum gelangen könnten. Investitionen in Grundstücke und Gebäude, wie Anbauten, Dachausbauten, energetische und denkmalgerechte Sanierungen und Modernisierungen, würden – anders als es die Grundsteuerreformmodelle der Finanzminister vorsehen – bei einer rein bodenbasierten Grundsteuer nicht zu einer Steuererhöhung führen. Die dadurch mittelbar angelegte, verstärkte Bautätigkeit führt zu einem höheren Wohnungsangebot und damit unter dem Strich zu sinkenden Mieten und stärkt im Marktgeschehen die Position der Mieter gegenüber den Vermietern.

Für öffentliche Grünflächen, auch wenn mitten in der Stadt gelegen, änderte sich nichts. Sie sind schon heute von der Grundsteuer befreit. Andere innerörtliche Freiflächen ohne Baurecht (so genannte Außenbereiche im Innenbereich), die oft aus Gründen des Naturschutzes, aus lokalklimatischen Gründen und/oder für die Nah-

erholung auch unbebaut bleiben sollen, unterliegen gar nicht der Grundsteuer B, sondern der deutlich niedrigeren Grundsteuer A. Verbleiben jene innerörtlichen Freiflächen, für die Baurecht besteht und die somit der Grundsteuer B unterliegen, die aber nach allgemeiner Einschätzung künftig unbebaut bleiben sollten: Hier kann die Gemeinde mittels Bebauungsplan Baurechte ändern und gegebenenfalls ganz aufheben, muss aber den Eigentümer dafür entschädigen. Außerdem hat die Gemeinde selbstverständlich die Möglichkeit, mit Privateigentümern über den Ankauf einzelner Flächen zu verhandeln. Das wird im Einzelfall erforderlich werden, so es dies nicht heute schon ist, etwa in bereits dicht bebauten Stadtquartieren mit einem hohen Grün- und Freiraumdefizit. Allerdings ist zu beachten, dass mit einer rein bodenbasierten Grundsteuer tendenziell zuerst die leer stehenden Gebäude auf den Markt kommen, denn an ihnen verlieren deren Eigentümer, verglichen mit den unbebauten Flächen, schließlich zusätzliches Geld. Die vermehrte Nutzung und Nutzbarmachung von leer stehenden Gebäuden, bisher ungenutzten und unvermieteten Räumen und Wohnungen, Baulücken und Brachen, wird also ausreichend Freiräume, Garten- und Grünflächen unangetastet lassen. Dafür sprechen nicht zuletzt auch der schiere, meist deutlich unterschätzte, Umfang der innerörtlichen, „stillen“ Bau- und Nutzungsreserven einerseits und die stagnierende, vielerorts rückläufige Bevölkerungszahl und damit Flächennachfrage andererseits.

Schließlich, wichtig zu wissen: Wie viel Grundsteuer eine Stadt oder Gemeinde am Ende einnimmt, ob mehr oder weniger oder genau so viel wie bisher, wird nicht von der Bemessungsgrundlage (siehe oben) bestimmt, sondern allein von der gesetzlichen Steuerermesszahl und dem kommunalen Hebesatz. Es ist also keineswegs so, dass eine rein bodenbasierte Grundsteuer zu weniger Einnahmen in den Kommunen führen würde, bloß weil die Gebäude nicht mehr besteuert würden.

// Dr. Ulrich Kriese  
Siedlungspolitischer Sprecher, NABU

*Dr. Ulrich Kriese studierte Landschafts- und Freiraumplanung, Verwaltungswissenschaften und Ökonomie und promovierte an der ETH Zürich zu Nachhaltigkeits- und Lebensstilansichten unter Investoren und anderen Akteuren auf dem Immobilienmarkt. Nach hauptberuflichen Tätigkeiten u.a. im Stadtplanungsamt Halle (Saale) ist er seit 2009 Mitarbeiter der gemeinnützigen Stiftung Edith Maryon in Basel, Schweiz. Seit 1999 ist er Siedlungspolitischer Sprecher des Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.*

*ulrich.kriese@nabu.de*



*Der Aufruf „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ braucht weitere Unterstützer! Hintergrundinformationen, alle Unterzeichner (laufend aktualisiert), ein umfangreicher Fragen- & Antworten-Katalog und das Online-Unterstützerformular gibt es unter*

*www.grundsteuerreform.net*

Winfried Böhmer, René Schuster

# Für Kohle haben sie Kohle

## Land Brandenburg unterstützte Braunkohlewirtschaft mit mehr als 50 Millionen Euro

*Braunkohlebagger: Die Goldgräber der Neuzeit*

*Foto rechts: Thorben Wengert / pixelio.de*

*Foto unten: Klaus Dosch / pixelio.de*

In einem Brief an Finanzminister Helmut Markov fordern wir als Mitglieder des brandenburgischen Braunkohlenausschusses Aufklärung über die Unterstützung der Braunkohlewirtschaft mit öffentlichen Geldern. Die Landesregierung selbst gibt an, dass allein in der Stadt Welzow mehr als 50 Millionen Euro Staatsgelder zur Bewältigung tagebaubedingter Nachteile verwendet wurden.

Durch den Tagebau entstehende Nachteile hat allein der Verursacher, also das Bergbauunternehmen Vattenfall Europe Mining auszugleichen. Das ist offenbar in Brandenburg noch nicht der Fall. Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, das endlich durchzusetzen. Wir erwarten, dass die Ausgabenstruktur der 50 Millionen Euro vollständig offenlegt wird, dies gilt ebenso für außerhalb von Welzow geflossene Gelder.

Neben den bereits öffentlich diskutierten Vergünstigungen (beispielsweise Emissionszertifikate, Wassernutzungsentgelt, Förderabgabe, Befreiung von der EEG-Umlage) und indirekten Folgekosten (zum Beispiel dem Klimawandel, Gesundheitskosten), sind die Welzow-Millionen ein

weiterer Beleg dafür, dass Braunkohle in der Realität kein preiswerter oder subventionsfreier Energieträger ist.

Bei der Durchsetzung des Verursacherprinzips muss gleichzeitig verhindert werden, dass die unfreiwillig von Bergbaufolgen betroffenen Bürger, Unternehmen, Vereine oder Kommunen in der Rolle von Bittstellern bleiben, die vom politischen Wohlwollen des Bergbauunternehmens abhängig sind.

Die Absender haben eine Kopie des Schreibens dem Landesrechnungshof Brandenburg zugeleitet.

### Hintergrund

Im Entwurf für einen Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd Teilfeld II vom April 2013 heißt es auf Seite 56: „Die Landesregierung hat zur Unterstützung der städtischen Entwicklung am 22. September 2011 eine Koordinierungsgruppe Welzow eingerichtet. Ihr Ziel ist es, das im besonderen Maße vom laufenden und vom geplanten



Braunkohletagebau betroffene Welzow in Fragen der Entwicklung der Stadt zu unterstützen. Bisher sind über 50 Millionen Euro aus unterschiedlichen Förderprogrammen im Stadtgebiet von Welzow eingesetzt worden.“

Die zitierte Textstelle stellt eindeutig dar, dass der wesentliche Grund für die gewährten staatlichen Gelder die besondere Betroffenheit der Stadt durch den Braunkohletagebau ist. Durch diese Betroffenheit entstehende Nachteile hat jedoch der Verursacher, also das Bergbauunternehmen Vattenfall Europe Mining auszugleichen. Er hat die Lebensqualität in den Orten am Tagebaurand aufrecht zu erhalten und Maßnahmen, die der Akzeptanz des Bergbaus dienen, grundsätzlich selbst zu finanzieren.

// Winfried Böhmer  
René Schuster

Vertreter der Umweltverbände im  
Ausschuss, GL Brandenburg



# Unterwegs im Namen Deutschlands

## Über Südost-Asien, staatliche Entwicklungshilfe und die Eindrücke eines Europäers im fernen Indonesien



### Kurzprofil Michael Kreuzberg

**Alter:** fast 65

**Kinder:** keine

**Beruf:** Meeresbiologe, jetzt Rentner

**Hobbys:** Lesen, Reisen, Tauchen, gute Freunde treffen

**Liebblings-Reiseziel:** Ghana, SO-Asien

**Liebblings-Pflanze:** keine spezielle, unter anderem Mammutbäume, Blutroter Seeampfer (Rotalge)

**Liebblings-Tier:** als Biologe mit zoologischem Schwerpunkt habe ich kein bestimmtes Lieblingstier. Unter den Wirbeltieren mag ich zum Beispiel den Clown-Triggerfisch, bei den Wirbellosen Kraken oder bestimmte marine Ringelwürmer wie beispielsweise den Köcherwurm

**Liebblings-Getränk:** gute Säfte, Kaffee, Tees, Wein ...

*Foto: Michael Kreuzberg; Das Foto erschien als Titelbild auf dem Alligator vom Feb/Mrz 2012*

**Liebblings-Essen:** ich esse sehr gerne Fisch, asiatisch, speziell thailändisch oder vietnamesisch, aber auch mal deftig-deutsch (gefüllter Mecklenburger Rippenbraten)

**Liebblings-Musik:** auch hier Verschiedenes: Bach, Mozart, Simon & Garfunkel und vieles andere mehr

**Liebblings-Film:** Manche mögens heiß, Hair, Erdbeer und Schokolade, A Single Man, die Reihe Don Camillo und Peppone, Miss Marple mit A. Rutherford ...

**Lieblingsbuch:** Siehe vorher! Bücher von Ray Bradbury, Mark Twain, Dürrenmatt, und so weiter

**Lebensmotto:** Klare Kante zeigen, aber dabei pragmatisch bleiben

**Was stört dich besonders:** Inkompetenz bei Entscheidungsträgern und mangelndes Engagement bei Betroffenen, die oft meckern, aber nichts tun.

**Mitglied der GRÜNEN LIGA seit:** Ich bin Gründungsmitglied.

**Bisherige Posten bei der GRÜNEN LIGA:** keine

**Schönstes Erlebnis bei der GL:** Ihre Gründung und ihre bisherige lange, erfolgreiche Lebensdauer

**Deine Idee gegen die Klimazerstörung:** Beharrlich auf das Problem hinweisen, Energie sparen, wo immer es geht, im Privaten versuchen, Vorbild zu sein – ich weiß, dass ich dann nicht so viel reisen dürfte :(

**Kurzes Statement zur momentanen Situation des Umwelt- und Naturschutzes in der Bundesrepublik Deutschland:** Die jetzige Situation ist schon längere Zeit mehr von einer Defensive geprägt, das liegt unter anderem an der Kleinstaaterei in Deutschland, am Personalmangel sowohl in Umweltbehörden als auch bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und an der Bundespolitik der letzten acht Jahre.

## Mitgliederinterview

*Dr. Michael Kreuzberg ist einer der 36 Unterzeichner des Gründungsaufrufes für die GRÜNE LIGA (1989). Er ist Mitglied des Bundesverbandes der GRÜNE LIGA.*

**Alligator:** Du bist Mitglied in der GRÜNE LIGA, wie bist du hier gelandet?

**Michael:** Weil ich die Idee, im Gegensatz zu Parteipolitik ein starkes grünes Netzwerk zu gründen, gut fand und weil ich selber auf diesem Gebiet aktiv war und bin.

**Alligator:** Und was hält dich bei uns?

**Michael:** Die Tatsache, dass die GRÜNE LIGA ihren Gründungsideen treu geblieben ist.

**Alligator:** Im Alligator Februar/März 2012 hast du den Leitartikel „Hati-hati! – Kritischer Erfahrungsbericht aus vier Jahren staatlicher Entwicklungshilfe“ verfasst. Wie kam es dazu, dass du in die Entwicklungshilfe gegangen bist, und gab es einen konkreten Anlass für die Wahl Indonesiens?

**Michael:** Solche Tätigkeit hat mich schon immer interessiert, Indonesien war mehr Zufall. Bei anderen Bewerbungen, zum Beispiel als Meeresbiologe auf den Philippinen, war ich nicht erfolgreich.

**Alligator:** Wie sah deine Arbeit dort eigentlich genau aus? Was tut ein Entwicklungshelfer? Was sind seine Rechte und Pflichten?

**Michael:** Das hängt vom jeweiligen Projekt ab, ein Entwicklungshelfer hat die, in der strategischen Planung für das Projekt gemachten, Ziele zusammen mit dem lokalen Partner umzusetzen. Konkreter siehe „Hati-hati!“ aus dem Heft 02/03-2012.

**Alligator:** Was waren deine ersten Gedanken, als du ankamst? Gab es einen spontanen Gedanken, der dir bis heute in Erinnerung geblieben ist?

**Michael:** Ich hatte mich sehr gefreut,

war aber sehr betroffen, als ich durch die vom Erdbeben und Tsunami zerstörten Teile von Banda Aceh fuhr.

**Alligator:** In deinem Artikel kritisierst du die staatliche Entwicklungshilfe scharf, warst du trotzdem mit deiner Arbeit zufrieden? Hast du das Gefühl, etwas erreicht zu haben?

**Michael:** Ich habe nur wenig erreicht, aber vor allem bei den Schulprojekten war ich zufrieden. Der Versuch, Verwaltungshandeln zu ändern, ist gescheitert.

**Alligator:** In dem Artikel schriebst du, es gäbe auch viele erfolgreiche Projekte und positive Erfahrungen. Was waren deine positiven Eindrücke der staatlichen Entwicklungshilfe? Würdest du diesen Job noch einmal annehmen?

**Michael:** Positiv war die Kooperation mit meinem Landesdirektor, den deutschen Kollegen und Kolleginnen vor Ort und einigen indonesischen Freunden, vor allem aus der Zivilgesellschaft. Prinzipiell würde ich Ähnliches wieder tun, aber vorher genauer hinschauen.

**Alligator:** Du warst im Oktober 2012 noch einmal privat in Indonesien und hast zwei Projekte privat angeschaut und den Fortschritt inspiziert. Was war das Erste, das dir aufgefallen ist?

**Michael:** Die Freude, mit der mich alte Freunde begrüßten. Ansonsten siehe „Hati-hati!“ Teil zwei (Titelstory).

**Alligator:** Hattest du das Gefühl, dass die deutsche Entwicklungshilfe „aus ihren Fehlern gelernt“ hat?

**Michael:** Kann ich nicht beurteilen, da ich keine Kontakte mehr habe. Ich glaube, eher nicht, da sie ihre Fehler ja nicht zur Kenntnis nimmt und die neue Struktur nicht mehr so nahe am Partner ist und zu sehr auf „Entwicklungsgeschäft“, also Verkauf von Service, zugeschnitten ist.

**Alligator:** Wo siehst du die deutsche Entwicklungshilfe im Jahr 2020, also in sieben Jahren?

**Michael:** Das wird von der dann an der Macht befindlichen Regierung abhängen. Viel wird sich wohl nicht ändern. So-

lange vorwiegend Verwaltungen und nicht die Zivilgesellschaft unterstützt werden, wird die Entwicklungshilfe wenig Erfolg haben.

**Alligator:** Wo siehst du Indonesien im Jahre 2020? Hast du Fantasien für eine blühende Zukunft? Denkst du, sie sind erreichbar und wie?

**Michael:** Indonesien steht nach 30 Jahren Diktatur unter Präsident Suharto vor riesigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen, deren Lösung durch Korruption, einen aufgeblähten Regierungsapparat mit über 30 Ministerien, eine Vielfalt von Kulturen, Armut, Umweltzerstörung (insbesondere Entwaldung) und eine schwache Zivilgesellschaft erschwert wird. Bis 2020 wird sich da nicht viel ändern können. Ich hoffe nur, dass sich die wenigen religiösen Fanatiker nicht durchsetzen werden, sondern dass der Islam dort so liberal bleiben wird, wie ich es erlebt habe.

**Alligator:** Wo siehst du dich selbst und deine Arbeit 2020?

**Michael:** Ich hoffe, dann noch so gesund zu sein, dass ich mich weiter für den Umweltschutz engagieren kann.

**Alligator:** Abschließend eine Frage zu einem interessanten Zusammenhang, der mir aufgefallen ist: In deinem Artikel „Hati-hati!“ bezeichnest du eine „Volksseuche“ in Indonesien, nämlich Facebook. Das Interview von damals wurde mit Michael Krieger geführt, er schrieb die GRÜNE LIGA müsse anfangen, sich in den sozialen Netzwerken zu engagieren, dazu gehört selbstverständlich auch Facebook. Bist du seiner Meinung?

**Michael:** Ich selber bin in keinem sozialen Netzwerk und werde es auch nicht sein. Ich bevorzuge direkte Gespräche mit Menschen. Selbstverständlich skype ich auch oder habe Kontakt über E-Mail. Wenn ich, wie in Indonesien oder auch bei uns, sehe, wie Menschen stundenlang am PC hängen, um sich virtuell mit Hunderten oder mehr von „Freunden“ zu unterhalten, aber kaum in der Lage sind, im Alltag mit Menschen direkt zu kommunizieren und beispielsweise Konflikte zu lösen, scheint mir das keine Perspektive zu sein.

*Michael Kreuzberg: „Vor allem bei den Schulprojekten war ich erfolgreich“*



Das Interview führte  
// Roland Hauschulz



Holger Seidemann, Juliane Elzner-Buhl

# Naturschutz in Sachsen: Nichts gelernt

## Schwarz-Gelbe Koalition verursacht mit falscher Verwaltungs- und Personalpolitik Verwaltungshindernisse und Fördermittelstau beim Hochwasserschutz

Die sächsische Landesregierung plant mit ihrem Entwurf zum so genannten Wiederaufbaubegleitgesetz den Flächennaturschutz – vom Naturschutzgebiet bis zum gesetzlich geschützten Biotop – bei der Unterhaltung und dem Bau von Hochwasserschutzanlagen abzuschaffen. Ziel sei einzig und allein die Beschleunigung der Planungsverfahren. Dieser Plan stößt bei den Naturschutzverwaltungen, Bürgern und den staatlich anerkannten Naturschutzverbänden auf Unverständnis und Ablehnung. Der Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V. setzt sich als staatlich anerkannter Naturschutzverein seit Jahren für einen ökologischen und sinnvollen Hochwasserschutz ein. Holger Seidemann, Vorstandsmitglied des Ökolöwen analysiert:

„Zukünftig soll nach dem Willen der Staatsregierung bei Deichbaumaßnahmen der Naturschutz keine Rolle mehr spielen. Baumlose und zubetonierte Flussauen werden damit in Sachsen die Regel sein. Selbst Ausgleichsmaßnahmen müssen durch die Landestalsperrenverwaltungen nur noch eingeschränkt erbracht werden.

Das geplante Gesetz ist schlicht unnötig und gefährlich für den Natur-

schutz. Schon heute könnten von allen Naturschutzaufgaben und für gesetzlich geschützte Biotop Ausnahmen erlangt werden, wenn die

trem angewachsenen Mitarbeiterstab in der Hochwasserverwaltung und damit einem gigantischen Papierberg gegenüber.“

Als Politikwissenschaftler beschäftigt sich Vorstandsmitglied Seidemann seit Längerem auch mit der sächsischen Verwaltungsstruktur und dem Landeshaushalt. Zudem führte er informelle Gespräche mit Behördenmitarbeitern. Er fasst das Dilemma in Sachsen folgendermaßen zusammen:

„Hinter vorgehaltener Hand wird in den Behörden von einem dreistelligen Millionenbetrag gemunkelt, der als Ausgabereserve im sächsischen Landeshaushalt für technischen Hochwasserschutz reserviert ist und durch die Unausgewogenheit der sächsischen Verwaltungsstruktur nicht schnell genug ausgegeben werden kann. Die inoffizielle Formel der Staatsregierung heißt also: Wir opfern die Natur für den selbstverschuldeten Fördermittelstau und schieben dem Naturschutz kurz vor den Wahlen die Schuld in die Schuhe.“

// Holger Seidemann und  
Juliane Elzner-Buhl  
Ökolöwe Leipzig

Bild: Zeichen 206  
Quelle: BMVBS

(gemeinfrei)



Notwendigkeit der geplanten Hochwasserschutzmaßnahme tatsächlich gegeben ist.

Wer die Genehmigungsverfahren zum Hochwasserschutz beschleunigen will, muss die Naturschutzverwaltungen personell und materiell besser ausstatten. Die wenigen Mitarbeiter in den Naturschutzbehörden sehen sich einem in den letzten Jahren ex-

Michael Krieger ist  
Leiter der Bundes-  
kontaktstelle In-  
ternet.Welt der  
GRÜNEN LIGA.

Michael Krieger

## Das Gezwitzcher der virtuellen Welt, Teil V: Demokratie und Internet

**Stärken wir mit dem Internet die Basisdemokratie oder den Stammtisch? Wie netzwerkt man, ohne die Demokratie zu schwächen? Stärkt das Internet unser gemeinsames Handeln für eine bessere Welt oder fördert es die Vereinzelung, virtuelle, pseudo-kommunikative Gemeinschaften und das sinnfreie Surfen durch eine Welt der Nichtigkeiten?**

**Stärkt das Internet den Stammtisch?**

Das Netz hat etwas Anonymes an sich, etwas Privates. Es scheint ein Raum zu sein, der nicht öffentlich ist. Liest man die Internet-Kommentare von Menschen auf Artikel von Zeitungen, so sind diese dort oft radikaler, missverständlicher, auch hetzerischer, als jeder gedruckte Leserkommentar. Das eine ist gefiltert, das andere nicht.

Die Äußerung im Netz hat noch das Rohe, Unbearbeitete in sich. Sie ist dem emotionalen Moment geschuldet, der Brutalität der Unmittelbarkeit. Rechtschreibfehler, Grammatikversagen und Vertippen sind das allgemeine Erscheinungsbild einer Entgegnung, die wenig überlegt ist und Sorgfalt vermissen lässt. Es fließt Gefühl durch das Netz. Man achtet nicht auf die Worte, nicht auf die Syntax, nicht auf die Logik. Es ist pur, aber deshalb oft auch unschön und hässlich, was Menschen im Netz absondern. Deshalb denken auch viele, dass Facebook ein Tummelfeld von Irren sei. Von sage und schreibe einer Milliarde Irren. So viele Nutzer hat das größte soziale Netzwerk der Welt inzwischen.

Doch betrachtet man den Duktus, die semantischen Fehler und die Rohheit genauer, so wird klar, dass man es hier mit einer Unmittelbarkeit zu tun hat, die einem echten Gespräch schon ziemlich nahe kommt. Kaum jemand spricht, wenn er aufgeregt ist, einen grammatisch einwandfreien Satz, außer er strengt sich sehr an und will

sich damit bewusst über die Mitdiskutanten erheben. Genau diese Ungenauigkeit, diese Verschommenheit des Verbalen macht das Menschliche aus. So ist auch jeder Stammtisch „echter“ als eine vermeintlich „vernünftige“ politische Gesprächsrunde bei Illner, Jauch und Co. Der Unterschied zwischen Stammtisch und Talkshow ergibt sich auch weniger aus den Teilnehmern dieser Runden, als vielmehr aus der ungefilterten Auswahl der Argumente einerseits und der Inszenierung von Debatte andererseits. Der Stammtisch ist ehrlicher, er lässt echte Emotionen zu, während der Studiogast seine Empörung kalkulierend einsetzt.

Wer glaubt, politische Kommunikation sollte mehr so sein, als das gefilterte, das wohlüberlegte Wort, der irrt. Basisdemokratische Debatte beginnt dort, wo das Argument verliert und die Überzeugung gewinnt. Der Mensch agiert im politischen Bereich nicht nur vernünftig, sondern auch emotional. Wir brauchen nicht an die Moral zu appellieren, wenn sowieso jeder zustimmt. Für Naturschutz sind alle – solange er schön allgemein bleibt, finden ihn alle vernünftig, auch der Bauunternehmer und das Chemieunternehmen. Wo es konkret wird, wird es immer auch emotional. Erst die Emotionalität macht die Melodie hörbar! Im politischen Diskurs erleben wir diesen Unterschied hautnah. Wir Bürgerinnen und Bürger wollen nicht ständig mit allen möglichen (oder auch unmöglichen) Informationen zugehörnt werden. Wir wollen Zugänge, um diese Informationen selbst zu filtern. Diese müssen dabei

keineswegs neutral sein. So wenig der Stammtisch neutral ist, so wenig ist es eine interessierte Person. Natürlich rege ich mich über die Äußerung des Chemiechefs auf, wenn dieser sagt, dass die Vorgaben für die Abwasserkontrolle zu streng seien und sein Unternehmen unter enormen Kostendruck leide. Doch ist es nicht das Argument selbst, das mich auf die Palme bringt, sondern vielmehr, dass er andere Aspekte (Informationen) ausblendet oder mir den Zugang zu diesen erschwert.

Ja, der Stammtisch wird durch das Netz in einen neuen Raum getragen, aber er wird nicht neu erfunden. Wir finden ihn im Netz, weil wir ihn auch in anderen Räumen finden, zum Beispiel in der Eckkneipe oder auf der Familienfeier. Rohe Direktheit findet sich an allen Orten, in denen man sich „frei“ fühlt und wo spontan diskutiert wird. Es ist nicht die Örtlichkeit, sondern der verbindende kommunikative Raum, der diese Rohheit zulässt. Dieser Raum, ist er nur groß genug, filtert aber auch eigenständig. Gute, brauchbare Äußerungen, egal ob vernünftig vorgetragen oder emotional, gewinnen letztlich die Oberhand, während das Sinnlose verliert. Der progressive Diskurs siegt über den stehenden – auch im Internet.

**Netzwerken ohne die Demokratie zu schwächen!**

In einem Netzwerk gibt es starke und schwache Bindungen. Die schwachen Bindungen sind die tatsächlich entscheidenden, da sie sich je nach der Dynamik des Netzwerkes und dem

Aufschäumen des Diskurses flüssiger Verhalten und besser bündeln, als starke Verbindungen dies können, die eher starr und verortet und daher undynamisch sind. So gilt die sogenannte Dreipunktregel für jegliche Art von Aktivierung. Sobald ich dreimal auf ein bestimmtes Thema hingewiesen wurde, interessiert es mich, da es anscheinend für „mein Netzwerk“ von Interesse ist. Diesen Effekt hat sicherlich jeder schon einmal erlebt. Etwa beim Unterschreiben eines Volksbegehrens: Beim ersten Mal sage ich „Nein“, beim zweiten Mal sage ich „Nicht jetzt“, beim dritten Mal unterschreibe ich doch.

Netzwerke sind Horte von Informationen und Meinungen. Teils weit auseinandergehend, teils deckungsgleich. Jedoch sind sie nichts Festes, da ein Netzwerk nicht als ein abgeschlossener Raum angesehen werden kann. Von jedem Knotenpunkt aus betrachtet sieht das Netzwerk ganz anders aus. Es sind sehr dynamische und verworrene Prozesse, die zu diesen Bildungen von Bindungen führen.

Doch erscheint genau dieses Verwischen, diese Unschärfe als etwas, dem nichts Klares und Durchschaubares zu eigen ist. Jedoch ist es erforderlich, dass demokratische Prozesse diesen Anspruch auf Transparenz erfüllen. Sie müssen durchschaubar sein, sie müssen so gestaltet werden, dass man sie nachvollziehen kann. Ist das Internet in dieser Hinsicht ein Ausfall für die Demokratie? Nein! Das Netzwerk war schon immer Teil der Demokratie und wird es noch stärker werden. Die Methode des Demokratischen ist das Netzwerk. Hier werden im scheinbaren Chaos die Stellschrauben bewegt, die zu einer Meinungsbildung führen. Neue Meinungen bilden sich heraus, wo die Bindungen in Bewegung sind. Hier finden Verdichtungen statt. Demokratie ist Wettbewerb der Ideen. Diese Ideen sind im Netzwerk vorhanden, sie bündeln sich und finden Mehrheiten, die aus der Masse des Netzwerks herausragen und sich zu einer Meinungsführerschaft entwickeln. Die Demokratie braucht das Netzwerk, so wie das Netzwerk die Demokratie braucht. Je flächiger, je flüssiger das Netzwerk agiert, desto notwendiger wird die Methode des Demokratischen. Mit On-

line-Netzwerken wie Facebook, Twitter wird die Demokratie gestärkt, da das Netzwerk sich ständig ausbaut, mehr Akteure darin Platz finden, mehr als der größte Ratskeller je fassen könnte. Es tut der demokratischen Bewegung gut, dass die Netzwerke unserer Welt losgelöst von Raum und Zeit agieren können, da so die Demokratie in einen Dauerzustand gebracht wird. Die Demokratie wird beständig, dauerhaft, stabil.

### Unterwegs im Internet – gemeinsam oder einzeln?

Die naheliegende Antwort kennt jede und jeder: „Alleine bist du nichts. Nur gemeinsam sind wir stark.“ Stimmt das aber eigentlich? Waren es nicht gerade immer Einzelkämpfer/innen, die mit ihren Ideen die Geschichte verändert haben, indem sie neue soziale Bewegungen anstießen? Das Internet ist ein ganz neues soziales Verhältnis. Der Einzelne ist dort unterwegs und zugleich zu jeder Zeit Teil einer Masse, eines sich ständig neu formierenden Schwarms, der heute hierhin und morgen dahin ausschwärmt und wenn er mich langweilt, schließe ich mich eben einem neuen Schwarm an. Der Einzelne kommt und geht, der Schwarm bleibt bestehen.

Es liegt dabei am Einzelnen, sich über die vorhandenen Zugänge Informationen zu beschaffen und sich seine Meinung zu bilden. Es gilt nicht, Geisteshaltungen aufzudrängen. Nur eine blinde Masse folgt bedingungs-

los. Wer wüsste das besser, als die Generationen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Nie wieder Blindsein, das ist das neue deutsche Verständnis, in der Nachfolge entsetzlichsten Versagens, das erfordert, sich gemeinsam wach zu halten. Dazu kann das Internet einen hervorragenden Beitrag leisten, und leistet ihn schon. Die medialen Ströme des Internets ermöglichen es mehr denn je, diese erforderliche „Wachheit“ umzusetzen. Nichts bleibt verdeckt, nichts bleibt versteckt. Regierungen geraten ins Wanken, Regime ins Schwanken. Altes bricht zusammen und Neues wird aufgebaut. Das Internet ist das Lebensmittel einer Generation, die nicht blind sein will.

Man muss kein Prophet sein, um festzustellen: Das Internet steht noch am Anfang seiner Entwicklung. Wir haben die Chance es mitzugestalten, seine Möglichkeiten zu nutzen. Das wird eine spannende Herausforderung, auch an die GRÜNE LIGA, von der ich mir wünsche, dass sie hier für ihren Bereich Maßstäbe setzt und Pionierarbeit leistet. Die Bundeskontaktstelle Internet.Welt wird ihren Beitrag dazu leisten, dass wir die Möglichkeiten entschieden nutzen.

// Michael Krieger,  
Bundeskontaktstelle INTERNET.Welt

Bild: [pixelpart / pixelio.de](#)



Michael Krieger

# Vielstimmigkeit ermöglichen

## Ein neues Stimmrechtssystem für die GRÜNE LIGA?

**Auf der Mitgliederversammlung (MV) 2012 haben wir heftig darüber diskutiert, wie man die unterschiedliche Finanzkraft unserer Regionalverbände gerechter in der Beitragszahlung abbilden kann. Da auf der MV keine Lösung gefunden werden konnte, wurde beschlossen, den Bundessprecherrat mit der Bildung einer Beitragskommission zu beauftragen. Diese hat fleißig gearbeitet und präsentierte auf der diesjährigen Mitgliederversammlung den Entwurf für eine neue Beitragsordnung, die auf der kommenden MV 2014 abschließend diskutiert und abgestimmt werden soll.**

Nun gab es auf der MV 2013 zurecht aber auch Stimmen, die eine Anpassung der Stimmrechte auf einer MV an die dann neue Beitragsrealität berücksichtigen wollten. Konkret wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die bisher beim Stimmrecht immer gleich behandelten Regionalverbände zukünftig unterschiedlich behandelt werden müssten, wenn sie unterschiedliche Beiträge zahlten. Der Bundessprecherrat bat die Beitragskommission, sich auch dieses Problems anzunehmen. Diese hat einen Vorschlag erarbeitet, der im Bundessprecherrat diskutiert wurde und allgemein großen Anklang fand. Sein Kern: Koppelung des Stimmrechts an die Beitragszahlung. Dieser Vorschlag soll hier vorgestellt und auch Probleme seiner technischen Umsetzung besprochen werden.

### Mehrstimmigkeit ermöglichen

Allgemein sollen die Stimmrechte an die Beitragszahlung gekoppelt werden. Das heißt, dass jeder nach seiner Beitragshöhe und Beitragszahlung Stimmrechte für die Mitgliederversammlung zugesprochen erhält. Da unsere Satzung drei unterschiedliche Mitgliedschaften kennt – Einzelmitglieder, Gruppenmitglieder und Re-

gionalverbände – soll dieser Grundsatz so ausgestaltet werden, dass die Vereinsrealität entsprechend abgebildet wird und dabei auch eine unterschiedliche Gewichtung innerhalb der Art der Mitgliedschaft ermöglicht.

Die einfachste und transparenteste Lösung wäre es, für den Standardbeitrag eines Einzelmitglieds (60 Euro) eine Stimme zu vergeben. Das bedeutet, dass ein Einzelmitglied eine Stimme hat, ein Gruppenmitglied (300 Euro) entsprechend fünf Stimmen und ein Regionalverband (mindestens 1.500 Euro) 25 Stimmen.

Möglich wäre es auch – und dafür spricht sich die Beitragskommission aus – bei höherer Beitragszahlung ein entsprechend höheres Stimmrecht einzuräumen. Dann bekäme beispielsweise ein Regionalverband der 1.700 Euro Beitragszahlung leistet 28 Stimmen zugesprochen ( $1.700:60=28,33$ ; es wird immer abgerundet). Entsprechendes gilt für Gruppenmitglieder. Aber auch Einzelmitglieder sollen weitere Stimmrechte „erwerben“ können, pro zusätzlich gezahlte 60 Euro.

Jedoch bleibt die insgesamt mögliche Stimmzahl auf fünf begrenzt. Ein Einzelmitglied kann so bei einer Beitragszahlung von 300 Euro fünf Stimmen für die MV erwerben. Mehr aber nicht, egal wie hoch der Beitrag wäre. Eine Mitgliedsgruppe kann theoretisch unbegrenzt Stimmen dazu erwerben – wie auch ein Regionalverband –, jedoch ist die Wahrnehmung der Stimmrechte durch die Delegierten, die entsendet werden, gedeckelt (siehe weiter unten), weil auch die Stimmrechte, die ein einzelner Delegierter/eine einzelne Delegierte wahrnehmen kann, auf fünf Stimmen gedeckelt werden.

### Kumulatives Stimmrecht

Da man davon ausgehen muss, dass es schwierig werden dürfte, als Re-

gionalverband 25 Personen oder mehr oder als Mitgliedsgruppe fünf Personen zur MV zu schicken, wurde diskutiert, wie man die Wahrscheinlichkeit erhöhen könnte, dass die höheren Stimmrechte auch tatsächlich auf einer MV ausgeübt werden könnten.

Die Lösung: Kumulation, also Stimmenhäufung. Es soll ermöglicht werden, pro natürlicher Person bis zu fünf Stimmen abgeben zu können. So würde auch die Diversität der Ansichten innerhalb eines Regionalverbandes im Stimmverhalten besser abbildbar. Darüber hinaus würde so die Möglichkeit eröffnet, dass ein Gruppenmitglied (5 Stimmen) durch eine einzelne natürliche Person repräsentiert werden könnte. Zudem wird so auch Sorge dafür getragen, dass die MV lebendig bleibt und am Schluss nicht vier RegionalverbandsvertreterInnen und dreißig Einzelmitglieder die MV bilden. Die ganze Bandbreite unseres Netzwerkes würde so widerspiegelt werden.

Nun gibt es aber auch die Möglichkeit, dass ein Einzelmitglied im Bundesverband zugleich in einer Mitgliedsgruppe aktiv ist und sich in einem Regionalverband engagiert. Auch diese Person kann fünf Stimmen wahrnehmen, nämlich seine eigene als Einzelmitglied und weitere vier Stimmen, die sich aus Stimmen der Mitgliedsgruppe und/oder des Regionalverbandes zusammensetzen können. Beispielsweise drei Stimmen von der Mitgliedsgruppe und eine weitere Stimme vom Regionalverband. Jedoch nie mehr als insgesamt fünf. So wird auch gewährleistet, dass niemand sich Stimmen zusammensuchen kann, um mehr Stimmen zu haben als ein Mitglied, das „nur“ in einem Regionalverband engagiert ist. Jede natürliche Person wird so in der MV gleich behandelt, da jede nur bis zu maximal fünf Stimmen auf sich vereinigen kann.

Da auch Einzelmitglieder im Bundesverband an der Teilnahme an einer MV verhindert sein können, soll es ihnen ebenso ermöglicht werden, ihr Stimmrecht auf andere Einzelmitglieder zu übertragen. Eine Übertragung von Stimmrechten einer Mitgliedsgruppe auf ein Einzelmitglied, das nicht Mitglied der Gruppe ist, soll jedoch nicht möglich sein. Auch nicht eine Übertragung von einem Regionalverband auf den anderen. Ebenso wie kein Einzelmitglied seine Stimme an einen Regionalverband übertragen kann. So wird die Gruppenhomogenität auf der MV aufrecht erhalten.

Das klingt zunächst sicherlich etwas verwirrend, erlaubt insgesamt aber eine gerechtere Ausübung von Stimmrechten in der gewünschten Abhängigkeit von der Beitragszahlung. Hier noch einmal die Kurzfassung: Je gezahlten 60 Euro Beitrag gibt es eine Stimme. Im Regelfall haben Einzelmitglieder eine, Gruppenmitglieder fünf und Regionalverbände 25 Stimmen. Je nicht gezahlten 60 Euro Beitrag wird eine Stimme abgezogen. Mit jedem zusätzlich gezahlten 60 Euro bekommt man eine Stimme mehr. Stimmen können nur von natürlichen Personen wahrgenommen werden. Von jeder aber nur bis zu maximal fünf Stimmen. Diese fünf Stimmen können sich frei zusammensetzen (beispielsweise 1 als Einzelmitglied, 3 vom Gruppenmitglied, 2 vom Regionalverband oder 1 vom Gruppenmitglied und 4 vom Regionalverband oder 5 vom Gruppenmitglied oder 2 als selbstzahlendes Einzelmitglied und 3 von weiteren Einzelmitgliedern), erfordern hierfür aber die Mitgliedschaft der natürlichen Person in den Teilmittlerungen der GRÜNEN LIGA, die ein ordentliches Mitglied sind.

### Tohuwabohu auf der MV?

Wie organisiert sich nun aber die Mitgliederversammlung, wenn dort vierzig Personen sitzen, die ganz unterschiedliche Stimmzahlen auf sich vereinigen? Grundsätzlich gibt es für dieses technische Problem mehrere mögliche Lösungen. So kann zum Beispiel mit fünf unterschiedlich farbigen Stimmkarten gearbeitet werden. Bei Abstimmungen wird dann gezählt, wie oft die rote Karte (= 5 Stimmen) und die blaue Karte (= 4 Stimmen) etc.

hochgehalten wurde. Die Summe ist dann das Ergebnis der Abstimmung. Dauert zwar etwas länger, als wenn man nur eine Kartenart einsetzt, lässt sich aber am besten durchführen. Alternativ kann anstatt der Farbe auch die Zahl auf die Karte gedruckt werden, oder man ruft die anwesenden Personen auf und erfragt den Abstimmungswunsch und errechnet daraus dann das finale Ergebnis der Abstimmung. Am einfachsten wäre sicherlich eine Kombination aus aufgedruckter Zahl auf einer farbigen Stimmkarte; sowie die Personen mit gleicher Stimmzahl zusammensitzen zu lassen.

Bei geheimen Abstimmungen oder einem grundsätzlichen schriftlichen Abstimmungsverfahren erhält jeder die Anzahl an Stimmzetteln, die seiner Stimmzahl entspricht. So würde ich beispielsweise als Einzelmitglied (mit einer Stimme) im Bundesverband nur einen Stimmzettel bekommen, wohingegen ein Vertreter/eine Vertreterin aus dem Regionalverband Thüringen bis zu fünf Stimmzettel erhalten könnte. Dies bedeutet zwar einen kleinen organisatorischen Zusatzaufwand, da immer geprüft und sichergestellt sein muss, dass jeder nur die Anzahl an Stimmzetteln bekommt, die er an Stimmen hat, jedoch lassen sich hierfür leicht handhabbare Abläufe schaffen (beispielsweise indem jeder bei der Anmeldung einen Sticker mit der Zahl darauf bekommt, wie viele Stimmen durch ihn vertreten werden). Im Sinne eines fairen und ehrlichen Miteinanders kann man davon ausgehen, dass hier niemand versuchen wird, sich eine höhere Stimmzahl zu erschleichen. Mit Ausnahme der Wahlen kommen zudem verdeckte Abstimmungen nur äußerst selten zur Anwendung.

Im Vorfeld der MV ist von den Mitgliedsgruppen und den Regionalverbänden an die Bundesge-

schäftsführung mitzuteilen, wer wie viele Stimmen der Mitgliedsgruppe und des Regionalverbandes wahrnehmen wird. Diese prüft dann die Zulässigkeit der Übertragung und bereitet die MV entsprechend vor. Auch ist von den verhinderten Einzelmitgliedern gegebenenfalls mitzuteilen, wer das Stimmrecht ausüben soll. Hierfür ließe sich zum Beispiel im internen Mitgliederbereich unserer Internetseite ein Formular schaffen, wo diese Meldungen vorgenommen werden können.

Allgemein ist eine Stichtagsregelung notwendig, bis wann der Beitrag erbracht sein muss, aus dem sich die Stimmenzahl für die MV ergibt. So wäre grundsätzlich die Beitragszahlung des Vorjahreszeitraums heranzuziehen oder alternativ muss der Beitrag bis zum ersten Tag der MV erbracht worden sein. Wenn nun aber ein Mitglied neu beigetreten ist – und bis zum Zeitpunkt der MV nur einen anteiligen Beitrag zahlt – so muss hierfür noch eine entsprechende Regel gefunden werden. Möglicherweise wäre hier entsprechend einem nicht in voller Höhe gezahlten Beitrag auch die grundsätzliche Regel anzuwenden, dass pro gezahlten 60 Euro eine Stimme anfällt.

Die technische Umsetzung eines solchen Stimmrechtssystems ist sicherlich nicht ohne zusätzlichen Aufwand zu haben. Dieser steht aber in einem guten Verhältnis zu der Tatsache, dass es eine fairere und realistischere Ge-

Foto: Gabi Eder/pixelio.de



## Eremit bleibt Eremit

staltung der Mitgliedsbeiträge gibt und diese wiederum in einem gerechten Verhältnis zum Stimmrecht stehen.

### Wird „one man, one vote“ ausgehebelt?

Zurecht kann bei unserem Vorschlag die Frage aufgeworfen werden, ob man bei einer Koppelung des Stimmrechts an die Beitragszahlung noch von einem demokratischen Verfahren sprechen kann. Schließlich gilt die Regel „one man, one vote“ nicht mehr. Da wir als GRÜNE LIGA ein Netzwerk ökologische Bewegungen sind, ist es natürlich, dass wir sehr divers aufgestellt sind. So haben wir Einzelkämpfer im Bundesverband,

Teampayer in den Gruppen und starke Verbände in den Regionen. Diese Struktur muss sich auch auf einer Mitgliederversammlung widerfinden. Es wäre eher zu fragen, wie demokratisch es ist, wenn unterschiedliche Beiträge zum materiellen Überleben des Bundesverbandes beim Stimmrecht über einen Kamm geschoren werden. Durch mehrere oben vorgestellte Sicherungsmechanismen, wie Höchststimmzahl, begrenzte Stimübertragung, Gewährleistung der Gruppenhomogenität, werden essenzielle demokratische Prinzipien gewahrt. Sie erlauben einem so stark durchmischten Verband wie dem unseren, sich auch entsprechend divers zu Themen auf der MV zu äußern und über diese abzustimmen. Zudem wird

durch die Stimmenkumulation ermöglicht, dass alle Mitglied in ihrer Gesamtheit besser berücksichtigt werden als bisher! So kann beispielsweise Brandenburg mit nur fünf Vertretern 25 Stimmrechte ausüben. Vor allem für Mitgliedsgruppen und Regionalverbände bedeutet das einen Zugewinn an demokratischer Mitwirkung. Mit der Umsetzung des Vorschlages der Beitragskommission könnte die GRÜNE LIGA die innerverbandliche Demokratie weiterentwickeln und über den Verband hinaus demokratiethoretische Debattenanstöße geben.

// Michael Krieger, Vorsitzender der Beitragskommission des Bundessprecherrates

René Schuster

# Der Eremitenkäfer will bleiben

## Vattenfalls Umsiedlungsplan ist gescheitert. Kompensation für Lacomaer Teiche?

Der Ausgleich für das vom Braunkohlenbergbau zerstörte Lacomaer Teichgebiet ist in einem zentralen Punkt bisher gescheitert. In einem Schreiben an die Bergbehörde stellen vier Brandenburger Naturschutzverbände den Misserfolg der Umsiedlung des europaweit geschützten Eremitenkäfers fest. BUND, GRÜNE LIGA, NABU und Naturfreunde erwarten von der Behörde die Festlegung zusätzlicher Kompensationsmaßnahmen und prüfen die Einreichung einer EU-Beschwerde.

Der Verursacher muss ein funktionierendes Netz von Lebensräumen für die beeinträchtigten Tierarten sicherstellen. Das ist nach den von uns eingesehenen Berichten gerade für die am strengsten geschützte Art bisher misslungen. Die Gutachter konnten am Ersatzstandort nach wenigen Jahren keine Lebenszeichen des Eremitenkäfers mehr feststellen. Das Verwaltungsgericht Cottbus hat in einem aktuellen Beschluss betont, dass die Landesbehörden Vattenfall zu weiteren Maßnahmen verpflichten können. Genau das muss jetzt ge-

schehen. Wir informieren die EU-Kommission über unser Schreiben und prüfen weitere Schritte, falls die Behörden nicht aktiv werden.

### Hintergrund

Die Zerstörung der Lacomaer Teiche bei Cottbus für den Braunkohlenbergbau war trotz jahrelanger Proteste vom Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) im Dezember 2006 in einem Planfeststellungsbeschluss genehmigt und vom Vattenfall-Konzern in den folgenden Jahren umgesetzt worden. Das Gebiet beherbergte den baumwohnenden Eremitenkäfer, der als „prioritäre Art“ der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie den höchsten europäischen Schutzstatus genießt. Das Vorkommen stellte sich während der Abholzung als größer heraus als zuvor angenommen.

Eine Akteneinsicht in Monitoring-Berichte hat nun ergeben, dass wenige Jahre nach dem Umsetzen aller vom Eremiten besiedelten Baumstämme im Ansiedlungsgebiet "keine aktuel-



len Lebenszeichen des Käfers" mehr vorgefunden wurden. Die erfolgreiche Kompensation ist eine rechtliche Voraussetzung für die Beeinträchtigung eines FFH-Schutzgebietes, wie es in Lacoma bestand.

// René Schuster  
GRÜNE LIGA Cottbus

*Der Eremit (Osmoderma eremita) ist ein Käfer aus der Unterfamilie der Rosenkäfer (Cetoniinae), er wird auch Juchtenkäfer genannt. Das seltene und unauffällig lebende Insekt ist im Anhang II und IV der FFH-Richtlinie, einer Naturschutz-Richtlinie der Europäischen Union, aufgeführt und ist dort als prioritäre Art eingestuft, für deren Art „der Gemeinschaft [...] besondere Verantwortung zukommt“. (Quelle: Wikipedia)*

*Foto: Wikimedia Commons (weltweit gemeinfrei, alle Rechte abgetreten)*

Manfred Koch

# Unrealistische grüne Energieplanung?

## B90/Grünen-Programm ENERGIE SPEZIAL auf dem Prüfstand

Das Programm ENERGIE SPEZIAL der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, datiert 2012, ist im Zuge der diesjährigen Bundestagswahl mit der darin enthaltenen Kritik an der schwarz-gelben Regierung weiterhin aktuell, aber inzwischen sind neue Aspekte dazu gekommen. Eines davon ist die für die Bevölkerung immer prekärer werdende Tarif-Entwicklung.

Nun ist das Dokument mehr ein politisches Konzept für die Regierungsebene und abgestimmt auf sorgfältig ausgewogene Meinungen und politische Gemeinsam- und Gegensätzlichkeiten.

Zunächst aber möchte ich mich festlegen: Keine Kilowattstunde der uns von der Natur bereitgestellten Energien – sogenannte erneuerbaren Energien (EE) – sollte durch fehlerhaft funktionierende Regelungen verloren gehen. Das heißt: alle anderweitigen, auch triftigen Erwägungen sind diesem Ziel unterzuordnen. So verstehe ich auch dieses Dokument. Aber Energieprobleme sind materielle Probleme, haben mehr mit Physik, als mit Marktwirtschaftsdenken zu tun und das führt zu der Frage, ob diese offiziellen sowie kritischen Ansichten immer real sind und mit den Möglichkeiten übereinstimmen.

Gegenwärtig werden Kritiker und Mahner mit verheerenden Diagrammen vom sich sprunghaft ändernden Energieangebot und Verbrauch von Elektroenergie erschlagen, vor Allem, wenn es sich um die Einspeisung von erneuerbaren Energien handelt. Darauf stützt sich die allgemeine Forderung nach mehr Speicherkapazität, auch in ENERGIE SPEZIAL. Scheinbar eine Realität, aber diese Diagramme beziehen sich nur auf die Situation bei jeweils einem Energie-Wirtschaftsunternehmen, das sie veröffentlicht. Für das ganze Netz gelten sie nicht, es hat eine mächtige Aus-

gleichwirkung. Viel zu klein gedacht ist deshalb, den Netzausbau auf die Standorte von erneuerbaren Energieanlagen zu beziehen. Beispielsweise würde ein Verbundnetz von Moskau bis Madrid vollständig den Tagesrhythmus von Elektroenergie ausgleichen, Nord- und Südeuropa einbezogen würden sich auch die Windenergiespitzen ausgleichen, denn irgendwo ist immer Wind. Ist diese technische Sicht aber auch ein politisch realisierbares Ziel? Die Diagramme einzelner Erzeuger weisen darauf hin, dass die privatwirtschaftliche Aufteilung des Netzes ein großes, wenn nicht größtes Hindernis zu sein scheint, nicht die noch fehlenden und zu zögerlich ausgebauten Netzer-gänzungen. Die ungenügenden Finanzierungen erscheinen deshalb zweit-rangig, wenn das anzustrebende Ziel fragwürdig ist. Völlig falsch dürfte aber die Behauptung sein, dass „vereinzelt Windkraftanlagen [...] heruntergefahren“ werden müssen, weil das übertragende Netz überlastet ist. Das hat andere Gründe.

Damit im Zusammenhang steht auch die Forderung nach mehr Speicherkapazitäten. Netzwirksame Riesen-Batterie-Speicher werden wohl noch eine lange Zeit auf sich warten lassen, real sind Pumpspeicherwerke. Wer nun das immer noch zweitgrößte Pumpspeicherwerk Europas in Markersbach im Erzgebirge besucht, Touristenführungen ermöglichen das, erlebt unter Umständen, wie zwei Maschinensätze gleichzeitig arbeiten, aber gegenläufig: Einer speichert Energie, einer liefert Energie, jeweils im Auftrage eines anderen Energieerzeugers. Das Werk ist dazu vertraglich gebunden und es ist eine jeweils kostenpflichtige Leistung. Aber im Schacht wird kein Wasser bewegt, in der Hochspannungsleitung fließt kein Strom und vom Netz wird nichts abgegeben

und nichts aufgenommen. Auch wenn diese Sinnlosigkeit in der Polemik zur Speicherkapazität überhaupt nicht vorkommt: es ist eine jederzeit nachprüfbare Tatsache. Sie sollte zu denken geben; darüber, was offensichtlich notwendig ist – insbesondere hinsichtlich fehlender Speicherkapazität. Für ein einheitliches Netz gäbe es dieses Problem nicht, aber als erstes würde auch schon eine dispositionsfähige Gesamtnetzentrale genügen, den verschiedenen Eigentumsanteilen am Netz übergeordnet. Dispositionsfähig bedeutet: zu Regulierungen und Eingriffen berechtigt – überhaupt kein technisches Problem, sondern eins der freien Marktwirtschaft, also ein Politikum. Ich habe dazu nirgends eine Bemerkung gefunden. Stattdessen fand ich die Vorstellung eines FDP-Politikers, dass Wasserkraft die Grundlast bilden soll. Logisch, denn Wasserkraft ist die rentabelste aller EEs. Aber falsch, denn von allen EEs ist Wasserkraft die einzige, die schnell und beliebig an Änderungen des Energiebedarfes angepasst werden kann. Das können sonst nur noch Gasturbinenkraftwerke und noch besser Biogaskraftwerke, wobei erstere definitiv nicht den Erneuerbaren Energien angehören. Voraussetzung ist eine entsprechende Ausrüstung, die dann jedoch nicht kontinuierlich ausgelastet ist, das wurde auch benannt. In der gleichen Größe entfielen allerdings Speichernotwendigkeit und der daran gekoppelte Energieverlust.

Sprunghaft ändert sich auch der Energieverbrauch. Das war in langer Vergangenheit ein Ansatzpunkt zur Regulierung mittels Kontingentierung, heute nicht mehr machbar. Wirklich nicht? Unter Kritik stehen die Sondertarife für Großabnehmer. Ich halte sie für berechtigt, allerdings dürften sie nur in Kombination

*Das Programm EnErgiE Spezial lässt ist im PDF-Format auf der Internetseite der Grünen-Fraktion einzu-sehen.*

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

## Unrealistische grüne Energieplanung?

mit einem für Spitzenzeiten wirksam begrenzten Kontingent vertraglich vereinbart werden oder mit einem Zweistufentarif, der für bekannt gegebene Zeiten etwa doppelt so hoch ist. Der wäre auch denkbar für alle! Damit wäre auch die Finanzierung für Spitzenlastkraftwerke gegeben und das ganze Problem würde sich marktwirtschaftlich regeln, allerdings etwas anders, als die derzeit der Bevölkerung zugemuteten Tariferhöhungen.

Unter Punkt 8 ist eine begrüßenswerte Position zur Kraft-Wärme-Kupplung zu finden. Die Größenordnung dieses

zentralen KWK ein bedeutendes Plus: sie können Wärme speichern! In Chemnitz hat das sogar dazu geführt, dass das städtische KWK Abnahmeverträge über die Erzeugungsbilanz hinaus abgeschlossen und erfüllt hat. Das können dezentrale und Klein-KWKs aus verschiedenen Gründen nicht, sondern sie leisten einen zusätzlichen Beitrag zur Sprunghaftigkeit von Bedarf und Erzeugung. Mit dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Senkung hätte diese wertvolle Substanz einschränkungslos geschützt werden müssen, ein politisches Problem. Die Forderung müsste sein, die noch vorhandene Substanz zu reaktivieren und zu erweitern.

Aber wie ist das mit dem Vorstoß der Stadt Münster, die KWK in die Stadtbausatzung aufnehmen wollte? Nach Klagen von Energiewirtschaftsunternehmen wurde diese ausgezeichnete Initiative richterlich wegen Verstoßes gegen marktwirtschaftliche Prinzipien unterbunden.

Im Dokument fehlt eine Stellungnahme zu dieser prekären Seite des Problems. Mit einem „Förderrahmen für Investitionen“ ist es deshalb nicht getan, es sind Rechtslagen, die geändert werden müssten. Und die Vorstellung mittels Millionen installierter Klein- und Mini-KWK Großkraftwerke zu ersetzen, hat sich über zwei Jahrzehnte als Illusion erwiesen und wird wohl ein Traum bleiben.

23 Prozent des Primärenergieaufwandes benötigt der Verkehr. Das findet Niederschlag im Konzept der Regierung, leider nicht in ENERGIE SPEZIAL, wäre hier aber besonders angebracht. So enthält das schwarze Konzept die Vorstellung, wesentliche Anteile des Energieaufwandes durch elektrischen Strom zu ersetzen. Sehr zu begrüßen, aber nicht etwa mehr Straßenbahnen, weitere Strecken der DB oder den O-Bus sondern 42 Millionen Privat-PKW, die in ferner Zukunft batteriebestückt elektrisch bewegt werden sollen.

Konkret ist aber zunächst die neue Betriebserlaubnis für Fernbusse. Die Begründung, ihre CO<sub>2</sub>-Effektivität wäre größer als die von Eisenbahntriebwagen, ist sowieso mehr als fragwürdig, trifft aber das Problem überhaupt nicht. Fakt ist: Für einen vom Linienverkehr der Bahn abgezweigten Fahrgastanteil wird ein zusätzlicher Energieaufwand betrieben, ohne dass bei der Bahn eine gleichwertige Senkung erreicht wird. Es geht also nicht nur um die Maut, sondern genau genommen müsste für diesen Zuwachs des Energieverbrauches ein Zertifikat erworben werden, für jeden einzelnen Bus und für jede einzelne Fahrt. Mit dieser Betriebserlaubnis widerspricht die Regierung also ihrer eigenen Absichtsbekundung zur Senkung des Energieverbrauches.

Was das Elektro-Auto betrifft so zeigt die Praxis, dass auf dem Wege dorthin erhebliche Barrieren im Wege stehen, die in absehbarer Zeit nicht überwunden werden können. Ein ähnliches Ziel für den Öffentlichen Personenverkehr wäre viel effizienter. Deshalb ist erfreulich, dass nun auch der O-Bus in Erwähnung gezogen und zumindest dieser Fehler ausgebessert wird. Den unbekanntenen Initiatoren dazu gebührt Dank und Anerkennung, sind doch die Möglichkeiten des O-Busses noch lange nicht ausgeschöpft. Immerhin ist der O-Bus bei Steigungen über 3-4 Prozent der Straßenbahn energetisch gleichwertig. Allerdings ist die Oberleitungstechnik nun schon über 100 Jahre alt und müsste mit den heutigen elektronischen Möglichkeiten radikal vereinfacht werden. O-Busse mit automatisiertem Bügel-ab-und-an während der Fahrt befinden sich in Entwicklung und die Hilfs-Batterie gibt es schon, ebenso die Energierückgewinnung. Mit Fördermitteln sollte das ganze System auf einen völlig neuen Stand gebracht und diese Fördermittel ganz entschieden eingefordert werden.

Und wenn schon Batteriebetrieb, dann zuerst bei der Eisenbahn. Hier spielt nämlich eine Tonne Batteriegewicht mehr oder weniger eine ganz untergeordnete Rolle. Schon seit 1907 rollten in Deutschland Batterie-Triebwagen über die Gleise; zur Instandhaltung der simplen Säurebatterien hatten die Eisenbahnen eigene



Foto:  
Bernd Kasper / pixelio.de

Problems wird deutlich, wenn man die beeindruckende Reihe von Kühltürmen eines Großkraftwerkes betrachtet. Hier fällt die Hälfte des fossilen Energieaufwandes als Abwärme an und damit wird die Atmosphäre aufgeheizt. Andererseits steigt der Wärmebedarf für Raumheizungen ständig an und wird wiederum durch Einsatz fossiler Energie gedeckt, dann auch noch ohne gleichzeitige Kraftkopplung. Es ist offensichtlich in der freien Marktwirtschaft nicht so einfach möglich, Kraft-Wärme-Kopplungen zu realisieren. Dabei gab es das schon: Alle Großstädte der neuen Bundesländer hatten Heizkraftwerke, auch das Kraftwerk Lubmin war ein solches! Aber da das ein Ergebnis der staatlichen Planwirtschaft war, sind sie politisch diskriminiert. So gibt es heute nur noch Rudimente davon, durch neue Einzelheizungen soweit ausgehöhlt, dass sogar bei Frost Wärme überschüssig ist, reduziert, gänzlich stillgelegt oder als reine Kraftwerke betrieben, weiterhin auf Braunkohlebasis. Dabei haben die



Spezialwerkstätten. Und 1952 beschaffte die DB neue und moderne Hochleistungstriebwagen, die allerdings schon 1965 zugunsten von Dieseltriebwagen wieder ausgemustert waren. Mit dem damaligen Stand der Elektronik war es nicht möglich, Direkteinspeisung aus beliebiger Fahrleitung zu realisieren; eine heute verfügbare Technik, aber noch nicht bei den deutschen Bahnen. Hier sollten Fördermittel eingesetzt werden, dagegen aber nicht wie in Sachsen für eine gegensätzliche Entwicklung. Hier sollen mit zunächst 42,5 Millionen Euro Förderung für die Stadt Chemnitz Überlandstraßenbahnfahrzeuge mit

einem zusätzlichen Dieselmotor für die Fahrt auf fahrleitungsloser Strecke sowie unter Hochspannungsfahrleitung der DBAG neu entwickelt werden. Unter Berücksichtigung, dass seit zwei Jahrzehnten in Karlsruhe Stadt- und Überlandbahntriebwagen mit Zweistromsystem verkehren, ist diese Förderung völlig unvertretbar. Wenn die schwarz-gelbe Polemik zum Thema CO<sub>2</sub>-Senkung und für Batteriefahrzeuge ernst gemeint ist, sollten diese gegenläufigen Fördermittel sofort gestrichen werden; das sollte auch eine grüne Position sein. Es geht hier nicht um das „Chemnitzer Modell“ im Ganzen, sondern nur um

eine zeitgemäße Aufgabenstellung für die zu beschaffenden Fahrzeuge, nämlich mit Hilfsbatterie, die bei Fahrt unter Fahrleitung geladen wird. Auch dafür gibt es schon einige Vorbilder.

Soweit einige Bemerkungen zum ENERGIE SPEZIAL und es ergibt sich doch, dass manch gängige Vorstellung eines gründlichen Durchdenkens bedarf und dass die Forderungen nicht immer an der effektivsten Stelle ansetzen.

// Dipl.-Ing. Manfred Koch  
GRÜNE LIGA Chemnitz

GRÜNE LIGA Sachsen

# Brücke auf Kosten des Rechtsstaates gebaut

## Der Bau der Waldschlößchenbrücke widerspricht deutschem und europäischem Recht

Mit der Eröffnung der Waldschlößchenbrücke vollendet die Stadt Dresden ein umstrittenes Bauwerk, das die Landschaft und die Natur im Elb-raum irreversibel beschädigt. Die Beschädigung des Landschaftsraumes führte bereits zur Aberkennung des UNESCO-Welterbe-Titels. Die rechtliche Bewertung der überflüssigen Beschädigung des Naturschutzgebietes nach europäischem Recht ist noch nicht abgeschlossen. Die GRÜNE LIGA Sachsen geht davon aus, dass das Bundesverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss aufheben wird.

Der Umgang mit geltendem Naturschutzrecht im Planfeststellungsverfahren zur Waldschlößchenbrücke ist exemplarisch für die Missachtung geltenden Rechtes bei öffentlichen Bauten im Freistaat Sachsen. Jeder private Investor, der in Schutzgebieten bauen will, wird entweder mit seinem Vorhaben abgewiesen oder er muss in einer Verträglichkeitsprüfung nachweisen, dass es keine naturverträglicheren Alternativen für das geplante Vorhaben gibt. Baut die öffentliche Hand (Kommune, Freistaat), wird in der Regel auf diese Verträglichkeitsprüfung verzichtet.

Aktuelle Beispiele dafür sind die Ortsumgehung Freiberg und die Ortsumgehung Flöha. Beide Straßen sollen durch Schutzgebiete führen. Bei beiden Vorhaben wurde keine seriöse Alternativenprüfung durchgeführt. Beide Planfeststellungsbeschlüsse wurden vom Bundesverwaltungsgericht aufgehoben, die Planfeststellungen müssen nun neu geführt werden.

Im Planfeststellungsverfahren hatte die GRÜNE LIGA Sachsen wie viele andere Interessenvertreter und Bürger auf die natur- und landschaftsverträgliche Alternative eines Elbtunnels verwiesen. Diese Alternative wurde nie ausreichend geprüft. Die sächsische CDU hatte sich auf eine Brücke festgelegt und sie hat diese Brücke durchgesetzt. Der Freistaat hat die UNESCO und Denkmalschützer weltweit brüskiert, er hat den Willen von über

50.000 Dresdnern missachtet, die sich für einen Bürgerentscheid pro Tunnel ausgesprochen hatten und er hat sich wiederholt über bestehendes Naturschutzrecht hinweggesetzt.

Mit einem Tunnel wären die Dresdner miteinander und mit ihrer Landschaft versöhnt gewesen. Die Fertigstellung der Brücke ist ein Triumph für einen großen Teil der Dresdner. Der andere große Teil bleibt enttäuscht vom Ergebnis und enttäuscht von der sächsischen Politik.

// GRÜNE LIGA Sachsen

Foto:  
Bildpixel / pixelio.de





**Säugetiere im Portrait**

Etwa 5425 wissenschaftlich beschriebene und anerkannte rezente Säugetierarten gibt es auf der Welt; jedes Jahr werden neue beschrieben. 103 Säugetierarten gelten in Deutschland als heimisch, auch wenn derzeit nicht alle im Gebiet vorkommen. In seinem neuen Bestimmungsbuch „Die Säugetiere Deutschlands“ stellt der Verlag Quelle & Meyer 130 Arten vor. Der Autor Eckhard Grimmberger trägt damit auch Zuwanderern, Irrgästen und Haltungsflüchtlingen Rechnung. Präzise Texte und mehr als 1000 Farbfotos erleichtern das sichere Bestimmen. Abgebildet wird nicht nur das Erscheinungsbild der jeweiligen Art, Fotos von Trittsiegeln, Fährten, typischen Gewöllen oder Kotspuren runden die Porträts der einzelnen Arten ab. Zahlreiche Verbreitungskarten, ein Verzeichnis mit weiterführender Literatur, ein Glossar verwendeter zoologischer Fachbegriffe sowie je ein Register der deutschen und der wissenschaftlichen Artnamen machen das Buch auch für den Laien benutzerfreundlich und attraktiv. Wer also nicht nur zwischen Maus und Marder unterscheiden will, sondern sich detaillierter über die Arten und deren Lebensweise informieren möchte, findet mit diesem praktischen Taschenführer ein zuverlässiges Nachschlagewerk, das schon beim Durchblättern Interesse weckt und zum Lesen einlädt.

// Katrin Kusche

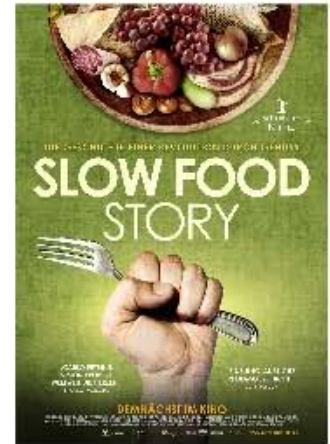
Eckhard Grimmberger: „Die Säugetiere Deutschlands. Beobachten und Bestimmen“, Quelle & Meyer Verlag Wiebelsheim, 561 Seiten, Einführungspreis 19,95 €, ab 1.1.2014: 24,95 €



**Flechtenfaszination**

Schon auf den ersten Seiten setzt das Buch Akzente. Oder kennen Sie ein Bestimmungsbuch, das mit einem Gedicht beginnt? Ute Wernickes lyrische Einstimmung „Flechtenbestimmung“ wirft einen humorvollen Blick auf die Exotik der Flechten ihrer Liebhaber. Flechten sind in ihrer Symbiose aus Pilz und Alge einzigartige Geschöpfe. In ihrem soeben erschienenen Bestimmungsbuch stellen Volkmar Wirth und Ulrich Kirschbaum rund 400 der wichtigsten Flechtenarten Mitteleuropas vor. Weltweit hat sich die faszinierende Lebensgemeinschaft aus Pilz und Alge in rund 25.000 Arten etablieren können. Sie besiedeln aufgrund ihres außergewöhnlichen Aufbaus auch unwirtlichste Gebiete erfolgreich. In einer leichtverständlichen Einführung beschreiben die Autoren zunächst die Biologie der Flechten und geben wertvolle Tipps zum Sammeln und Aufbewahren. Ausführlich erläutert werden die Grundlagen zur Flechtenbestimmung. Fast 500 Farbfotos mit Maßstabsangaben transportieren viel von den Reizen, den Flechten auf ihre Fanggemeinde ausüben: die Eigen- und Einzigartigkeit, die attraktiven Formen und Farben, die Ästhetik. So schließt der Interessierte schnell Bekanntschaft mit der Goldenen Stecknadelflechte, der Gabelflechte, dem Schönen Muschelschüppchen oder der Rotfrüchtigen Säulenflechte. // Katrin Kusche

Volkmar Wirth/Ulrich Kirschbaum: „Flechten einfach bestimmen. Ein zuverlässiger Führer zu den häufigsten Arten Mitteleuropas“, Quelle & Meyer Verlag Wiebelsheim, 416 Seiten, derzeit noch unbefristeter Einführungspreis 19,95 €



**Film: Slow Food Story**

Es gibt Dinge, auf die man sich freut, nur um dann enttäuscht zu werden. Leider gehört dazu auch der neue Film „Slow Food Story“. Die Slow-Food-Bewegung ist eine der bekanntesten und erfolgreichsten Bewegungen weltweit; „Slow Food Story“ erzählt die Geschichte dieser Bewegung. Oder versucht es zumindest. Es ist ein Film für Kenner und Genießer, jedoch für den Laien leider ungeeignet: Es ist ein italienischer Streifen, von Italienern für Italiener. Längst hat die Bewegung mehr als nur internationale Relevanz erlangt, doch für den Film ist ein gesundes Grundwissen zu der Thematik erforderlich. Unerklärte Namen und Abkürzungen trüben das Verständnis genauso, wie plötzliche Wechsel nach Afrika ohne Hinweis darauf, was das soll. Nur schwer lesertliche Untertitel trüben das Vergnügen zusätzlich: Der Film ist auf Italienisch mit englischen Untertiteln. Leider sind diese in gefühlter Schriftgröße 4 verfasst und oft auf schwarz/weißem Hintergrund mehr als nur schwer zu erkennen. Dazu kommt, dass Italiener von Natur aus sehr schnell reden. Das ist an sich kein Problem, doch leider wechseln die Untertitel in der selben Geschwindigkeit, die Augen kommen nicht hinterher, ebenso ist es mit den Infos, wer grade spricht: Entweder die Info oder der Untertitel; eins ist weg und der Zusammenhang bleibt unverständlich. Das Alles macht den Film nicht grade zu einem Vergnügen, was sehr schade ist, da darin viel Potential steckt. Wer sich jedoch in die Materie eingearbeitet und gute Augen hat, wird mit „Slow Food Story“ mehr Freude haben, denn für ihn ist der Film bestimmt und nicht für die breite Masse. // Roland Hauschulz

## Leserbrief

Korbacher Erklärung vom Mai 2013

Es wurde eine openPetition gestartet, mit der bis zum 08.11.2013 diese Erklärung unterstützt werden kann.

Folgende Forderungen gehen an Bund, Länder und die Europäische Union:

- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
- Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
- Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende,



d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

Viele Grüße und gute Wünsche sendet Frau Mohr aus Halle

Die GRÜNE LIGA hat den Vorschlag von Frau Moor aufgegriffen, die Links und einen weiterführenden Beitrag finden Sie auf der Internetseite der GRÜNE LIGA [www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de).

Es gibt auch die Möglichkeit, direkt auf der Seite der Korbacher Resolution diese Erklärung und die Forderung zu unterstützen.

## Halbjahrestreffen der GRÜNE LIGA steht an

Thema: „Energiewende nachhaltig gestalten?!“

Diskussionsthemen sind unter anderem Windenergie, Energiepflanzen/Biomasse, Stromnetze und -speicher sowie Offshore-Windenergie. Weiterhin sind ein Impulsvortrag zu verschiedenen Energieszenarien und eventuell eine Exkursion durch das örtliche Braunkohlenrevier vorgesehen, letztere entscheidet sich je nach Zuspruch. Ab drei Teilnehmern findet sie statt. Am Vortag trifft sich zusätzlich von 16 bis 20 Uhr der Bundessprecherrat am selben Ort. Gemeinsam wollen wir Fragen, wie „Wie soll Energieversorgung in der Zukunft aussehen? Welche Szenarien stellen wir uns vor? Wo sehen wir unsere Arbeitsschwerpunkte als GRÜNE LIGA?“ an- und nachgehen und diese erörtern. Das Halbjahrestreffen findet am 12./13. Oktober in Cottbus, im Gemeindehaus „Haltestelle“ statt, es befindet sich in der Straße der Jugend 94 in 03046 Cottbus, direkt an der Straßenbahnstation „Marienstraße“.

### Ablauf des Halbjahrestreffens:

11.10.2013, 16 bis 20 Uhr: Bundessprecherrat

12.10.2013, 10 bis 17 Uhr: Halbjahrestreffen

- Begrüßung/Einleitung
- Energieszenarien. Impulsreferat
- Windkraftanlagen
- Offshore-Windkraft und Artenschutz in Einklang bringen!
- Energiepflanzen/Biomasseanbau
- Speicheranlagen/Stromtrassen
- Fortschreibung „Energiegrundsätze“
- Schlusswort

13.10.2013, 10 bis 13 Uhr: Exkursion  
Aktive Tagebaue, ein Braunkohlekraftwerk sowie verschwundene und von der Abaggerung bedrohte Dörfer können auf der Fahrt besichtigt werden (von öffentlich zugänglichen Stellen, es handelt sich nicht um eine Betriebsführung).

Kurzfristige Anmeldungen bitte bis zum 6. Oktober an die Bundesgeschäftsstelle oder per E-mail auch an [halbjahrestreffen.2013@grueneliga.de](mailto:halbjahrestreffen.2013@grueneliga.de)

## Termine

### Bundessprecherrat und Halbjahrestreffen der GRÜNE LIGA

- 11. Oktober 2013: Sprecherrat, 16 bis 20 Uhr
- 12. Oktober 2013: Halbjahrestreffen, 10 - 16:30 Uhr
- 13. Oktober 2013: Exkursion, ab 10 Uhr Cottbus

### Bundessprecherrat als Telefonkonferenz

22. November 2013, ab 14 Uhr

### Bundessprecherrat

24. Januar 2014, 14 bis 18 Uhr  
Berlin, Bundesgeschäftsstelle

Termin zum Vormerken

### Mitgliederversammlung der GRÜNE LIGA

29. März 2014

Viele weitere Termine von den regionalen Gruppen der GRÜNE LIGA sind auf unserer Homepage [www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de) zu finden.

## Markt

Über die GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle zu beziehen (siehe Menüpunkt „Shop“ auf [www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de)):

Positionspapier „Water for Life“ 12 Seiten A4, auch auf Englisch erhältlich, VK: Versandkosten

Broschüre „Anleitung Lärmspaziergang“ 26 Seiten A5, VK: 2,50 EUR zzgl. Versandkosten

Umweltbibliotheken-Wegweiser (2. Auflage): VK: 6,54 EUR zzgl. Versandkosten

Alligator (Filzpuppe), Wäschezeichen mit GRÜNE LIGA-Logo und Schriftzug [www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de) VK: 5,25 EUR zzgl. Versandkosten

Ringelblumensalbe, Johanniskrautsalbe, Beinwellsalbe, Dose mit GRÜNE-LIGA-Logo: VK: je 3,25 EUR zzgl. Versandkosten

Notizblock mit GRÜNE LIGA-Logo, Größe: ca. 8 x 14,8 cm, mit Magnetstreifen zum Anhängen, zum Beispiel am Kühlschrank. VK: 2,00 EUR (1,80 EUR für GRÜNE LIGA-Mitglieder ab fünf Stück) zzgl. Versandkosten

### Feedback zum Alligator erwünscht

Vorschläge und Ideen, Anregungen und Fingerzeige, positive und konstruktive Kritik sowie Hinweise und Tipps zum Alligator bitte per E-Mail an [foej@grueneliga.de](mailto:foej@grueneliga.de), das würde uns sehr freuen.

// Die Redaktion

## Bundesverband

### GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin  
☎: 030/2044745  
☎: 030/2044468  
✉: bundesverband@grueneliga.de  
oeffentlichkeitsarbeit@.....  
material@grueneliga.de  
alligator@grueneliga.de

### Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik  
Torsten Kohl  
c/o GRÜNE LIGA Dresden/  
Oberes Elbtal e.V.  
Schützengasse 16/18  
01067 Dresden  
☎: 0351/49 43 353  
☎: 0351/49 43 400  
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Braunkohle  
Straße der Jugend 94  
03046 Cottbus  
☎: 0355/4837815  
✉: braunkohle@grueneliga.de  
✉: www.lausitzer-braunkohle.de

BKSt. Gesteinsabbau  
Uli Wieland  
Lutherstraße 63, 07743 Jena  
☎: 01522/1960531  
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit  
Annette Baumann  
Prenzlauer Allee 8  
10405 Berlin  
☎: 030/443391-70  
☎: 030/443391-75  
✉: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. INTERNET.welt  
Michael Krieger  
c/o Bundesgeschäftsstelle  
☎: 0170/9064589  
✉: internet.welt@grueneliga.de

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung  
Tomas Brückmann  
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)  
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl  
Michel Matke  
c/o INOEL Pflanzenöltechnik  
Bernhard-Görling-Straße 152  
04277 Leipzig  
☎: 0341/30654 20  
☎: 0341/30654-21  
✉: sachsen@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.  
Fritjof Mothes / Dr. Torsten Bähr  
Hinrichsenstraße 3  
04105 Leipzig  
☎: 0341/2111800  
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser  
Michael Bender  
c/o Bundesgeschäftsstelle  
✉: wasser@grueneliga.de  
☎: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken  
Katrin Kusche  
c/o Bundesgeschäftsstelle

Facharbeitskreis Landwirtschaft  
heute & morgen, Jens Heinze  
c/o Umweltbildungshaus  
Johannishöhe  
✉: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer  
Landbau und Tourismus  
Matthias Baerens, s. u. ECEAT  
✉: baerens@baerfuss.de

### Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa  
Uwe Claus  
✉: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.  
Quenteler Straße 10  
34320 Söhrwald  
☎: 05608/35 24  
✉: info@bv-pflanzenoele.de

ECEAT Deutschland e.V.  
Möwenburgstraße 33  
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/  
Oberes Elbtal e.V.  
Schützengasse 16/18  
01067 Dresden  
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400  
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.  
Große Wassergasse 9  
01744 Dippoldiswalde  
☎: 03504/618585  
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.  
Am Strand 9  
19063 Schwerin  
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571  
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen  
Gesteinsabbau e.V.  
Uli Wieland  
Lutherstraße 63, 07743 Jena  
☎: 01522/1960531  
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus  
Johannishöhe, 01737 Tharandt  
☎: 035203/3 71 81  
☎: 035203/3 79 36  
✉: info@johannishoehe.de

## Regionalverbände

### GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle  
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

☎: 030/443391-0 (Zentrale)  
☎: 030/443391-33  
✉: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf  
Boitzenburger Straße 52 - 54  
12619 Berlin  
☎: 030/56499892  
☎: 030/56499950  
✉: gruenes.haus@alice.de

Berzirksgruppe Weißensee/  
BAUM, c/o Petra König  
Aubertstraße 37  
13127 Berlin  
☎: 030/9253070  
☎: 030/96793079  
✉: koenig.petra@berlin.de

### GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/  
Regionalbüro Potsdam  
Haus der Natur  
Lindenstraße 34  
14467 Potsdam  
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22  
✉: potsdam@grueneliga.de

### GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp.

Landesgeschäftsstelle/  
Regionalbüro Schwerin  
Postfach 010243  
19002 Schwerin  
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

### GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle  
Schützengasse 18  
01067 Dresden  
☎: 0351/49 43 350 ☎: -450  
✉: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig  
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.  
Bernhard-Görling-Straße 152  
04277 Leipzig  
☎: 0341/3 06 51 85  
☎: 0341/3 06 51 79  
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz  
Czornebohstraße 82 -  
Sternwarte, 02625 Bautzen  
☎: 03591/605860  
☎: 03591/607050  
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.  
Straße der Einheit 18  
04769 Naundorf  
☎: 03435/920089  
☎: 03435/931751  
✉: gruene.welle@grueneliga.de  
✉: www.gruene-welle.org

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.  
Neuhirschsteiner Straße 25  
01594 Hirschstein  
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro GRÜNE LIGA Westsachsen e.V.  
Stiftstraße 11, 08056 Zwickau  
☎: 0375/27119634  
☎: 0375/27119635  
✉: GL.Westsachsen@Arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion  
Westerzgebirge e.V.  
PSF 1239, 08306 Eibenstock  
☎: 037752/55952

### GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/  
Regionalbüro Weimar  
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar  
☎: 03643/4 92 796  
☎: 03643/49 27 97  
✉: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt  
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.  
An der Liebfrauenkirche 2  
99310 Arnstadt  
☎: 03628/640723  
☎: 03628/746283  
✉: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld  
Kastanienhof, 37318 Marth  
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18  
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.  
Babelsplatz 3, 09599 Freiberg  
☎: 03731/166497  
✉: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod  
Hauptstraße 3  
98553 Bischofrod  
☎: 036873/20474  
☎: 036873/ 20048

**Mehr unter:  
www.grueneliga.de**